

Medienmitteilung

Delegiertenversammlung glp CH

| | |
|----------------|--|
| Thema | Delegiertenversammlung der Grünliberalen Schweiz |
| Für Rückfragen | Martin Bäumle, Mobile +41 79 358 14 85 |
| Absender | Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch |
| Datum | 25. April 2009 |

Die Grünliberalen verabschieden an ihrer Delegiertenversammlung vom Samstag in Luzern eine Resolution unter dem Titel „Krise als Chance“. Sie fordern einen Umbau in der Energiepolitik, die schrittweise Umsetzung einer ökologischen Finanzreform und die vermehrte Förderung von Innovation und Forschung auf dem Werkplatz Schweiz. Zudem haben die 82 Delegierten ein Positionspapier zur Energiepolitik verabschiedet.

Die Grünliberalen sind seit ihrer Gründung vor knapp zwei Jahren kräftig gewachsen. Sie haben mittlerweile 11 Kantonalparteien gegründet und zählen in mehr als 80 Lokalsektionen über 2000 Mitglieder. Nebst den vier nationalen Sitzen im Bundeshaus aus Zürich (Martin Bäumle, Verena Diener, Tiana Moser und Thomas Weibel) konnten sie bereits mit 25 kantonalen und 43 lokalen Parlaments- und Exekutivmitgliedern in die jeweiligen Räte einziehen. Wie Vorstandsmitglied Michael Zeuglin an der Delegiertenversammlung in Luzern sagte, sei die Zeit offenbar reif für eine neue Partei, die sich sachbezogen und lösungsorientiert einbringe und für deren Sympathisanten Wirtschaft, ökologisches Bewusstsein und Lebensfreude kein Widerspruch seien.

Resolution „Krise als Chance“ verabschiedet

Die Grünliberalen wollen die „Krise als Chance“ nutzen und haben eine gleichnamige Resolution verabschiedet, die Massnahmen in drei Bereichen vorsieht: Erstens in der Energiepolitik und im Klimaschutz, zweitens bei der schrittweisen Umsetzung einer ökologischen Finanzreform und drittens bei der Förderung von Innovation und Forschung zur Stärkung des Werkplatzes Schweiz.

Zur Energiepolitik hatten die Grünliberalen bereits zuvor ihre Energiestrategie verabschiedet (siehe unten). Die zentralen, kurzfristig umsetzbaren Forderungen sind: Eine Risikoprämie auf Atomstrom soll zur Förderung der erneuerbaren Energien eingesetzt werden, um so das Risiko Kernenergie schrittweise zu beseitigen. Mit der Streichung des Deckels bei der Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) werden sofort und im Inland Investitionen ausgelöst. Die Vereinfachung von Bewilligungsverfahren bei energetischen Sanierungen unterstützt Eigentümer und Investoren.

Zur schrittweisen Umsetzung einer ökologischen Steuerreform gehören die CO₂-Abgabe auf Brenn- und Treibstoffe (konkret Benzin, Kerosin und Erdgas), Anreize in der Raumplanung und bei Bau-, Zonen- und Richtplänen, die einer Zersiedelung entgegenwirken, Anreize für energetische Sanierungen sowie ein längerfristiger Umbau des Steuersystems in die Richtung, dass vermehrt der Ressourcenverbrauch statt die Produktivität besteuert wird.

Die Förderung von Innovation und Forschung soll mit folgenden Massnahmen geschehen: Erstens braucht die Schweiz einen Innovationspark, wo Forschung und Entwicklung mit Unternehmertum zusammentreffen. Innovative Ideen sollen dort marktfähig gemacht werden. Daneben fordern die Grünliberalen mehr günstiges Kapital

für innovative Unternehmen, z.B. mittels einer Innovationsrisikogarantie. Weiter soll die Schweiz weiterhin attraktiv sein für StudentInnen, FacharbeiterInnen und ForscherInnen aus aller Welt. Investitionen in Forschung und Entwicklung sollen steuerlich entlastet werden, um gezielt Firmen anzulocken.

Energiestrategie verabschiedet

Unabhängig von den Auswirkungen der Finanzkrise ist ein Umbau der Energieversorgung in der Schweiz sinnvoll. Die Grünliberalen wollen eine Energieversorgung, die möglichst unabhängig von Öl, Gas und Uran ist. Zudem wollen sie mit einer zukunftsgerichteten Energiestrategie den Neubau von Atomkraftwerken überflüssig machen. Das Szenario IV des Bundes „Der Weg zur 2000 Watt-Gesellschaft“ zeigt auf, dass dieses Ziel ökonomisch gleichwertig, bezüglich Klimaschutz bis zu vier Mal effektiver ist und mit politischem Willen erreicht werden kann.

Erste Priorität für die Grünliberalen hat die Energieeffizienz. Es liegt noch ein enormes Potenzial brach, das durch einen effizienten Einsatz und Innovationen (automatische Steuerung und Regelung des Strombedarfs, sparsame Geräte und Fahrzeuge) sowie vor allem durch Gebäudesanierungen eingespart werden könnte. Die Voraussetzungen für einen effizienten Konsum von Energie sind für die Grünliberalen Kostenwahrheit, Transparenz und Information. Kostenwahrheit heisst, dass der Verbraucher tatsächlich den Preis für Energie bezahlt, der unter Einbezug aller externer Effekte (Umweltemissionen, Gestehungskosten, kurz- und langfristige Risiken der Produktion) gerechtfertigt wäre.

Marktwirtschaftliche Anreize sollen zum erwünschten Verhalten führen, Energie wird mittels Lenkungsabgaben näher an die Kostenwahrheit herangeführt. Ein wichtiges Beispiel ist hier die CO₂-Abgabe auf Benzin. Die Grünliberalen fordern aber auch die Erhöhung der CO₂-Abgabe Brennstoffe.

Konkrete Forderung der Grünliberalen in ihrer Energiestrategie sind: Der ökologische Umbau des Steuersystems (vermehrte Ressourcen statt Produktivität besteuern), Lenkungsabgaben (z.B. CO₂-Abgabe), die konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips, mehr Anreize für die Steigerung der Energieeffizienz, z.B. bei Gebäudesanierungen, Vereinfachung der Vorschriften und Bewilligungsverfahren sowie Anreize zur sinnvollen Nutzung von Energie (z.B. durch zeit- und marktabhängige Stromtarife).

Nachwahl in den Vorstand

Aus der jüngsten Kantonalpartei Solothurn wurde deren Präsident und Neu-Kantonsrat Markus Flury in den nationalen Vorstand gewählt.